

Positionen der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

September 2008



Frank Hengstenberg

Inhalt

- Verwaltungsspitze untergräbt Vertrauen der Beschäftigten
- CDU will Erweiterung der Sportförderung
- CDU will Sozialticket beenden
- Gewerbeflächen: CDU will Abwanderung von Firmen ins Umland stoppen
- Großer Erfolg für CDU bei Umsetzung von Projekten im Kinder- und Jugendausschuss
- CDU Sommeraktion gegen Kinderarmut ein voller Erfolg
- Sanierung des Klinikums lässt weiter auf sich warten
- Oberbürgermeister zensiert Internetauftritt der Stadt
- Bungalowneubau an der Schweizer Allee vorerst verschoben

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Kandidaten-Posse der SPD produziert derzeit zwar ständig neue Schlagzeilen. Darüber hinaus jedoch sollte nicht vergessen werden: In der sechstgrößten Stadt Deutschlands (zweitgrößten Stadt Nordrhein-Westfalens) wartet eine Vielzahl großer Aufgaben und ungelöster Probleme auf konsequentes Handeln von Politik und Verwaltung.

Misstrauenskultur, Demotivation und miese Stimmung in der Verwaltung, aus dem Ruder laufende städtische Finanzen, die Sanierung des gefährdeten Klinikums, Baustellen, wohin man blickt.

Da ist jetzt arbeiten gefragt. Darauf haben die Bürger Dortmunds Anspruch. Kräfte raubendes Vorwahlgeplänkel, lähmende Personalintrigen aufgrund persönlicher Karriereambitionen – das haben Stadt und Bürger nicht verdient!

18 Monate ist es mittlerweile her, seit bekannt wurde, dass im Amt des Oberbürgermeisters 1,1 Mio. Euro verschwunden sind. Licht am Ende des Tunnels, wer die Verantwortung für die „Bargeldaffäre“ zu übernehmen hat, ist noch immer nicht zu erkennen.

Das **Dortmunder Klinikum** bleibt weiter selbst ein Notfallpatient. Der Vorschlag der CDU, den Einstieg eines erfolgreichen privaten Klinikbetreibers zumindest zu prüfen, erteilen Oberbürgermeister, SPD und Grüne weiter sture Absagen. Stattdessen wird die EDG mit über 9 Mio. Euro zur Kasse gebeten, der bereits völlig überschuldete städtische Haushalt soll weitere 20 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

Als nicht finanzierbar hat sich der Versuch erwiesen, Beziehern sozialer Transferleistungen ein „Sozialticket“ für den ÖPNV zum Preis von nur 15 Euro anzubieten. Für 2008 wird das Ticket zu Verlusten von 4,8 Mio. Euro führen, die sich im Jahr 2009 auf über 7 Mio. Euro erhöhen dürften. Da weder Stadtwerke noch Stadt Dortmund diesen Verlust ausgleichen wollen, muss hier dringend eine Lösung gefunden werden.

Der neue Klartext hält Rückschau auf wichtige Themen der politischen Diskussion und gibt einen Überblick über verschiedene Aktivitäten der CDU-Fraktion in den letzten Monaten.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre. Mehr Information und stets aktuelle Mitteilungen von und über uns finden Sie im Internet unter www.cdu-dortmund.de

Ihr

Frank Hengstenberg
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Verwaltungsspitze untergräbt Vertrauen der Beschäftigten

Auf Unverständnis und Kritik der CDU-Fraktion stößt die fristlose Kündigung zweier Mitarbeiterinnen der Dortmunder Stadtkasse im Zuge disziplinarischer Maßnahmen in der „Bargeldaffäre“. Empörung und Solidaritätsbekundungen der Beschäftigten geben der offenkundigen Vertrauenskrise zwischen der Verwaltungsspitze und den 8000 Mitarbeitern Ausdruck. Es sei tatsächlich kaum zu vermitteln, wenn nach monatelangen Ermittlungen zuerst auf unteren Hierarchieebenen drastische arbeitsrechtliche Konsequenzen gezogen würden, so der personalpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Ulrich Monegel. Aktionismus und Bauernopfer dieser Art erwecken den Anschein, als solle von der nach wie vor nicht geklärten Frage der Führungsverantwortung in dem Unterschlagungsskandal abgelenkt werden.

Politik und Öffentlichkeit in Dortmund müssten vielmehr von OB und Personalverwaltung erwarten, dass zunächst eine

Übersicht und Bewertung aller eingeleiteten disziplinarischen Verfahren präsentiert werde. „Erst auf der Basis einer Übersicht der Gesamtheit der Erkenntnisse und Verfahren sind personelle Konsequenzen zu ziehen – dann aber an den richtigen Stellen und ohne Rücksicht auf die jeweilige Stellung in der Hierarchie.“

Traurig findet Monegel, dass die SPD in der Bargeld-Affäre nach wie vor eine klare Stellungnahme vermissen lässt. Gerade die jüngsten Fakten deuteten darauf hin, dass die Unregelmäßigkeiten von Führungskräften durch die Anweisung „bevorzugter Behandlung“ begünstigt wurden. „Personalrat und Belegschaft, selbst der grüne Koalitionspartner glauben nicht mehr an das Märchen einer Einzeltäterin. Nibelungentreue wird sich für die SPD hier nicht auszahlen“, prophezeit Monegel.

Ein schlechtes Licht auf Umgang, Arbeitsklima und Personalführung bei der Stadt Dortmund werfe auch die Anfertigung geheimer Dossiers über Mitarbeiter im

Gesundheitsamt. Auch dies sei Ausweis einer wenig motivationsfördernden Misstrauenskultur und keinesfalls als Bagatelle oder „Routineangelegenheit“ abzutun. Wichtig sei jetzt, offenkundig verloren gegangenes Vertrauen der Verwaltungsmitarbeiter zu ihrem Dienstherrn zurückzugewinnen. Qualität, Transparenz und vor allem Konsequenz des dem Rat für Oktober angekündigten Abschlussberichtes zur Bargeldaffäre habe, so Monegel in dieser Hinsicht eine kaum zu überschätzende Bedeutung.



CDU will Erweiterung der Sportförderung

Integration in Vereinen muss belohnt werden!

Die CDU-Fraktion will Sportvereine, die sich der sozialen Integration von Menschen besonders verschrieben haben, verstärkt fördern. Einen entsprechenden Antrag, der die Verwaltung auffordert, die Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Dortmund entsprechend anzupassen, wird die CDU in der kommenden Ratssitzung einbringen.

„Der Sport und die speziell in der Jugendarbeit aktiven Sportvereine leisten in Bezug auf Integration einen unschätzbaren Beitrag. Gerade im sportlichen Miteinander und im Vereinsleben erfolgt gelebte Integration. Die sozialen Leistungen, die die Vereine erbringen müssen verstärkt gefördert werden“, erklärt der sportpolitische Sprecher der CDU, Jürgen Böhm, als eine Forderung aus den „Dialog“-Veranstaltungen der CDU zum Sozialstrukturatlas.

Gerade die Sportvereine in den sogenannten „benachteiligten Quartieren“ der Stadt Dortmund haben regen Zulauf von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Positiv daran sei vor allem die Tatsache, dass Integration nicht nur auf dem Spielfeld stattfindet, sondern auch unter den Zuschauern, die gemeinsam am Spielfeldrand, unabhängig von ihrer Herkunft, ihre Kinder anfeuern und unterstützen. Dass aber gerade diese Vereine vor allem mit

der sozialen Struktur und finanziellen Problemen der Bevölkerung in ihren Quartieren zu kämpfen haben, erfuhr Böhm in zahlreichen Gesprächen.

Vor allem hohe Außenstände bei den Mitgliedsbeiträgen sind für die Vereine in einigen Vierteln der Stadt leider keine Seltenheit und auf Dauer belastend.

Die CDU will eine gerechte Lösung, die alle Vereine in Dortmund zufrieden stellt, ohne jedoch den Etat für die Dortmunder Sportförderung erheblich erhöhen zu müssen. Vorstellbar wäre eine ergänzende Finanzierung aus anderen „Töpfen“, die Projekte zur Integration unterstützend fördern.“

CDU will Sozialticket beenden

Die CDU-Fraktion forderte per Antrag in der September-Ratssitzung, die Testphase zur Einführung eines 15 Euro teuren „Sozialtickets“ mit sofortiger Wirkung zu beenden. Der verbilligte Fahrschein habe sich als nicht finanzierbar erwiesen und werde allein im Jahr 2008 zu einem Einnahmeverlust in Höhe von 4,8 Mio. Euro führen, der sich im Jahr 2009 auf über 7 Mio. Euro erhöhen dürfte. Insgesamt verfügen mittlerweile rund 21.000 Dortmunderinnen und Dortmunder über ein Sozialticket. Von diesen 21.000 waren über 6000 Personen bisher schon Kunden der DSW.

Bereits bei Einführung hatten sich die Christdemokraten gegen das Sozialticket ausgesprochen. „Es war von vornherein klar, dass sich das Sozialticket nicht kostenneutral finanzieren lässt. Leider ließen sich SPD und Grüne von den Linken in Dortmund vor den Karren spannen. Jetzt

ist das Theater groß, weil weder Stadt noch DSW den Millionenverlust übernehmen wollen“, so Thomas Offermann, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

„Wir haben ein Sozialticket, diskutieren einen Energiesozialtarif und stellen den Kindern kostenloses Schulmaterial für 60 Euro zur Verfügung. Als Krönung leisten wir es uns als einzige Stadt in Deutschland, Beziehern von Transferleistungen einen kostenlosen Eintritt in den Zoo zu gewähren. Gleichzeitig muten wir der Kassiererin an der Supermarktkasse, der Bäckereifachverkäuferin und dem Gebäudereiniger aber immer höhere Belastungen zu. Das machen wir nicht mit.“

Wir wollen den Beziehern von Transferleistungen keine regulären Unterstützungsleistungen wegnehmen, aber wir wollen, dass sich Arbeit auch in den unteren Lohngruppen wieder lohnt“, so Offermann.

Gewerbeflächen: CDU will Abwanderung von Firmen ins Umland stoppen

Die CDU-Fraktion unternimmt einen neuen Anlauf, die Flächen Groppenbruch im Stadtbezirk Mengede sowie den Buddenacker im Stadtbezirk Brackel als neue Gewerbegebiete zu entwickeln.



Knud Follert

Rückendeckung bekommt die CDU-Fraktion neuerdings erfreulicherweise auch von der Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund, wenn es um die Schaffung weiterer Gewerbeflächen in Dortmund geht.

Matthias Ulrich, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion betont: „Es müssen genügend Flächen vorbereitet werden, um ansässige Firmen bei einer Betriebsausweitung in der Stadt zu halten und gleichzeitig neue Betriebe nach Dortmund zu lotsen.“

Als weitere Potenzialfläche hat die CDU-Fraktion den ehemaligen Güterbahnhof an der Westfaliastraße im Umfeld des Hafens ausgemacht. Diese stehe kurzfristig zur Verfügung und könne als dringend benötigte Industriefläche ausgewiesen und entwickelt werden.

Die Dortmunder Hafen AG und die Bahn AG selbst hätten bereits Interesse an der Entwicklung der Fläche für hafenfähige und industrielle Nutzungen gezeigt, weiß Knud Follert, planungspolitischer Sprecher der Fraktion. Neuer und bisher

noch nicht von der Verwaltung aufgegriffener Vorschlag der CDU: Das Gewerbegebiet Wickede Süd soll nach Westen ausgedehnt werden. Nördlich der Straße Osterschleppweg könnten somit bis zu 50 ha weiteres Gewerbe- und Industriegebiet entstehen.

„Unsere Vorschläge liegen jetzt auf dem Tisch. Wir sind gespannt, wie insbesondere die SPD damit umgeht. Deren Fraktionsvorsitzender Ernst Prüsse, auch Vorsitzender des Ratsausschusses für

Wirtschaftsförderung, hatte erst kürzlich gesagt, dass ihm Arbeitsplätze wichtiger als Gänseblümchen sind. Wir nehmen ihn beim Wort,“ so Ulrich.



Matthias Ulrich

Großer Erfolg für CDU bei Umsetzung von Projekten im Kinder- und Jugendausschuss

Die letzte Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses war geprägt durch eine Reihe von Initiativen, die von der CDU angestoßen wurden. Als großen Erfolg sieht Rosemarie Liedschulte, jugendpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, die Umsetzung des Projektes „Schutzburg“ an, das die CDU bereits im letzten Jahr auf die Tagesordnung setzte. Jetzt soll eine stadtweite Umsetzung erfolgen.

Das Projekt „Schutzburg“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Kinder und Jugendliche können im Falle eines kleinen oder großen Notfalls sofort sichere und zuverlässige Hilfe bei den örtlichen Einzelhandelsgeschäften, die sich an dem Projekt beteiligen, erhalten.

Neben der CDU-Initiative vom September letzten Jahres, das Dortmund-Forum wieder aufleben zu lassen, freut sich Rosemarie Liedschulte auch über den Erfolg, dass nun ein eigener Aktionsfonds für schnelle und unbürokratische Hilfen vor Ort einge-

richtet werden soll.

Im August letzten Jahres hatte die CDU einen sog. „Mobilen Sicherheits- und Informationsbus“ gefordert, der in allen Stadtbezirken – besetzt mit Mitarbeitern aus dem Jugendamt – präsent ist. Dieser Antrag, der in puncto Service noch weitreichender war, wurde von Rot/Grün zunächst abgelehnt.

Dass die CDU mit ihren Ideen richtig lag, zeigt die aktuelle Verwaltungsvorlage. Diese sieht exakt einen solchen mobilen Service für Jugendliche vor. Für die Mitglieder der CDU im Kinder- und Jugendausschuss ein voller – wenn auch verspäteter Erfolg ihrer Arbeit.



Rosemarie Liedschulte

CDU-Sommeraktion gegen Kinderarmut ein voller Erfolg

An zwei Tagen sammelten die CDU-Kommunalpolitiker Rosemarie Liedschulte, Claudia Middendorf und Walter Knieling – gemeinsam mit dem Kinderschutzbund, dem Kinderschutzzentrum und der Dort-



munder Tafel – auf dem Hansaplatz Sachspenden und haltbare Lebensmittel gegen Kinderarmut in Dortmund. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und das Ergebnis dieser Aktionstage übertraf im hohen Maße die Erwartungen aller Beteiligten.

Die CDU Politiker waren begeistert von dem Einsatz vieler Kinder, die sich zu Gunsten von Altersgenossen aus weniger begüterten Familien z.B. von eigenem Spielzeug trennten und gemeinsam mit ihren Eltern zahlreiche Spenden übergaben.

An beiden Aktionstagen konnten so mehr als 15 Wagenladungen an Spielsachen und Kinderkleidung gesammelt werden. Pas-

send zum bevorstehenden Einschulungstermin wurden z.B. über 100 Tornister abgegeben und auch die „Dortmunder Tafel“ konnte vier Busladungen mit Lebensmitteln zur Verteilung bringen.

Der namhafteste Beitrag unter einer Vielzahl großzügiger Spenden – auch des örtlichen Handels – war ein Scheck in Höhe von 4.400,- Euro, den die Kolping Sozial- und Entwicklungshilfe e.V. dem Kinderschutzbund überreichte.

Liedschulte, Middendorf und Knieling sind davon überzeugt, dass mit dieser Aktion ein ermutigender Anfang gemacht worden ist, auf den man zukünftig aufbauen kann.

Sanierung des Klinikums lässt weiter auf sich warten

Dortmunds größtes Krankenhaus, die städtische Klinikum Dortmund gGmbH, bleibt weiter ein Notfallpatient. Der Forderung der CDU-Fraktion, eine Teilprivatisierung des Klinikums zumindest zu überprüfen, wurde von SPD und Grünen erneut eine Absage erteilt.

Stattdessen überweist die kerngesunde Entsorgung Dortmund (EDG) dem kranken Patienten Klinikum eine Sonderausschüttung von 4,72 Mio. Euro im Jahr 2008 sowie 4,64 Mio. Euro in 2009. Weitere 20 Mio. Euro zahlt die Stadt Dortmund zur Sicherung der drohenden Zahlungsunfähigkeit des Klinikums. „Ohne uns“, so CDU-Fraktionsvorsitzender Frank Hengstenberg mit Blick auf die leeren Kassen der Stadt und das fehlende Gesamtkonzept für das Klinikum.

Die CDU-Fraktion war alternativ mit eigenem Antrag ins Rennen gegangen, der als wichtigstes Element eine Neubesetzung der Hauptgeschäftsführung gefordert hatte. Bekanntlich hatte der Rat der Stadt beschlossen, ein erfahrenes Unternehmen als Sanierungsbeauftragten einzusetzen. „Wenn wir schon viel Geld für das Sanierungsunternehmen ausgeben, dann müssen die auch den Hut aufhaben. Die jetzige Geschäftsführerin Mechthild Greive hat ja über Jahre gezeigt, dass Sie es nicht kann“, so Hengstenberg.

Wie tief allerdings „die Karre im Dreck“ steckt, hätten selbst SPD und Grüne erkannt, indem sie dem Vorschlag des Oberbürgermeisters die Gefolgschaft verweigerten, bereits jetzt schon weitere 38 Mio. Euro öffentliche Steuergelder zur Sanie-



rung des Klinikums für die Jahre 2010-2012 bereitzustellen. „Damit ist klar, dass rot-grün das Klinikum lediglich über die Kommunalwahl am 7. Juni 2009 retten wollen. Danach werden die Karten neu gemischt. Der Einstieg eines erfolgreichen privaten Krankenhausbetreibers ist dann unausweichlich“, so Hengstenberg.

Oberbürgermeister zensiert Internetauftritt der Stadt

Ein Blick ins Internet ließ CDU-Ratsmitglied Dr. Jürgen Eigenbrod, Sprecher der Fraktion im Rechnungsprüfungsausschuss, aufmerken. Die eigentlich für Jedermann zugänglichen öffentlichen Sitzungsunterlagen des Rechnungsprüfungsausschusses waren auf der Homepage der Stadt Dortmund unvermittelt nicht mehr abrufbar.

Immerhin ist der Rechnungsprüfungsausschuss der Fachausschuss, der sich schwerpunktmäßig mit der sogenannten Bargeld-

affäre in mehreren öffentlichen und nicht-öffentlichen Sitzungen beschäftigt hatte. Eigenbrod glaubt daher nicht an einen Zufall und vermutet Absicht dahinter.

Natürlich hatten verschiedene öffentliche Prüfberichte mehrfach Hinweise enthalten, die für den Oberbürgermeister wenig schmeichelhaft sind und den Schluss zulassen, dass es sich ausdrücklich nicht um die Einzeltat einer kokainabhängigen Mitarbeiterin handelt, so der CDU-Sprecher.

Dies sei jedoch kein Grund, den Bürgerinnen und Bürgern Informationen vorzuenthalten, die ausdrücklich als öffentlich deklariert worden sind. „Die Prüfberichte sind zigfach verteilt und sicher auch vielfach kopiert worden.

Sie im Nachhinein und mit fadenscheinigen Argumenten als nichtöffentlich zu apostrophieren, zeugt von Mangel an Souveränität und kalkuliertem Desinteresse an Transparenz und Offenheit“, so Eigenbrod.

Bungalowneubau an der Schweizer Allee vorerst verschoben

Kostspieliger und skurriler Schildbürgerstreich

Die Dortmunder Verwaltung hat zur September-Ratssitzung die Vorlage zur Errichtung eines Bungalowneubaus für 260.000 € an der Schweizer Allee zurückgezogen. Damit ist ein kostspieliger und skurriler Schildbürgerstreich der Stadtverwaltung zunächst einmal vom Tisch.



Ulrich Monegel

Dazu Ulrich Monegel, Sprecher im Immobilienwirtschaftsausschuss: „In der Öffentlichkeit hat sich die CDU als einzige Fraktion klar gegen einen Neubau des Bungalows ausgesprochen. Bei knappen Mitteln, besonders auch im Schulbereich, in dieser Weise Geld zum Fenster herauszuwerfen, wäre ein Skandal. Überall fehlt

es an Mitteln, und hier soll eine offenbar schlecht durchdachte Standortentscheidung nachträglich durch einen großzügigen Griff in die Schatulle geheilt werden.“

Ohne Prüfung von alternativen Lösungen nicht gelten lassen wollte die CDU-Fraktion auch die Begründung der Verwaltung, dass nur ein neuer Bungalow und die damit verbundene dauerhafte Präsenz des Haus-

meisters vor Vandalismus und ruhestörendem Lärm in den Abend- und Nachtstunden schützen würde.

Insofern halten es die CDU-Vertreter im Immobilienausschuss auch für völlig inakzeptabel, die 260.000 Euro quasi mit dem Klingelbeutel einsammeln zu wollen, weil sie bislang in keinem Budget veranschlagt waren.

Senden Sie den **Klartext** zukünftig auch an:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Impressum Klartext

V.i.S.d.P.: Manfred Jostes
Geschäftsführer

Redaktion: Ulrich Monegel (Ltg.),
Mario Gräbel, Susanne Lengner,
Uwe Radegast

So erreichen Sie uns:

Friedensplatz 1
44135 Dortmund

Mo.-Do.: 9.00 – 17.30 Uhr

Fr.: 9.00 – 15.30 Uhr

Telefon: (02 31) 57 94 11/12

Telefax: (02 31) 57 98 03

Internet: www.cdu-dortmund.de

E-Mail: fraktion@cdu-dortmund.de

Satz und Druck:

Grafia-Druck Schröder, Dortmund-Marten